

# Die Integration geht weiter

Aussiedlerbeauftragter zu Besuch in Kaufbeuren: Gespräch mit Neubürgern im historischen Rathausaal

Kaufbeuren– Zuwanderung spielte in der Geschichte der Stadt Kaufbeuren schon häufig eine wichtige Rolle. So verdoppelte sich nach dem Zweiten Weltkrieg die Bevölkerungszahl der Stadt durch die Ansiedelung der Sudetendeutschen aus Gablonz sozusagen „über Nacht“. In den 1990er Jahren folgten dann die Russlanddeutschen, von denen über 5000 hier ansässig wurden. Auch kleinere Migranten- und Flüchtlingsgruppen gelangten mit der Zeit nach Kaufbeuren, so dass inzwischen Menschen aus 117 Nationen in der Wertachstadt leben. Die Integration all dieser Neubürger warf viele Probleme auf – und führte nach deren Lösung zu beträchtlichem Nutzen und hohem Gewinn für alle. Eine Gesprächsrunde mit dem Regierungsbeauftragten für Aussiedlerfragen im Rathaus war diesem Thema gewidmet. Dabei ging es insbesondere darum, zu erkennen, was sich aus der Vergangenheit für die Zukunft lernen lässt.

Prof. Dr. Bernd Fabritius, seit 2018 Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, besuchte vergangene Woche erstmals Kaufbeuren. Fabritius, der 1984 aus Rumänien in die Bundesrepublik Deutschland übersiedelte, ist zudem auch Präsident des Bundes der Vertriebenen. Kaufbeuren besuchte er auf Einladung der Landsmannschaften der Deutschen aus Russland, der Banater Schwaben, der Siebenbürger Sachsen und nicht zuletzt auf Initiative seines Parteilandes, des CSU-Bundestagsabgeordneten Stephan Stracke.

Am Nachmittag traf Fabritius sich im historischen Rathausaal mit Oberbürgermeister Stefan Bosse, MdB Stracke, Aussied-



Eintragung ins Goldene Buch der Stadt. OB Stefan Bosse (v. li.), Prof. Dr. Bernd Fabritius und MdB Stephan Stracke wollen den Integrationsprozess in Deutschland mit ihren Erfahrungen und ihrem persönlichen Einsatz unterstützen. Foto: Stadt Kaufbeuren/ib

lern aus der ehemaligen Sowjetunion sowie mit Vertretern der Stadtverwaltung und Journalisten. Am Abend besuchte er dann das Isergebirgs-Museum in Neugablonz und diskutierte im Gablonzer Haus über „Generationengerechtigkeit für Aussiedler und Spätaussiedler“ (wir berichteten).

Dieses Thema spielte auch eine wichtige Rolle beim Gespräch im Rathaus. Einige der dort anwesenden Kaufbeurer Russlanddeutschen berichteten von den Umständen ihrer Übersiedlung und ihren Neuanfang in Deutschland. Der gestaltete sich, wie etwa bei Olga Weber, die 1996 aus Kirgistan nach Kaufbeuren kam, nicht einfach – aber am Ende erfolgreich. Innerhalb weniger Monate fand sie, ebenso wie ihre ebenfalls ausgesiedelten zahlreichen Familienangehörigen, in Kaufbeuren Arbeit. Die war zwar schwer und nicht sonderlich gut bezahlt, ermöglichte aber den Start in ein selbstbestimmtes, unabhängiges Leben. „Nun allerdings, wo die Rente ins Blickfeld rückt, fürchte

ich, dass es knapp werden könnte“, schätzte sie ein. „Von den 47 Jahren, die ich im Leben gearbeitet habe, entfällt nur die knappe Hälfte auf meine Zeit in Deutschland.“ Und auch Ludmilla Pell, von Beruf Lehrerin, ist nicht wirklich glücklich damit, wie sich die Dinge für sie entwickelt haben. Bei ihr besteht das Hauptproblem darin, dass nach ihrer Ankunft 1998 ihr Berufsabschluss nicht anerkannt wurde. Sie fand zwar Beschäftigung in Projekten und in der Jugendsozialarbeit – aber ihre Erwerbsbiografie lässt ebenfalls Sorgen bezüglich des Alters aufkommen.

Fabritius erklärte dazu, dass diese Probleme bekannt seien – aber eben noch nicht gelöst. „Dabei ist klar, dass wir gegenüber unseren Landsleuten, die letzten Endes infolge des Zweiten Weltkriegs ihre Heimat verlassen mussten, eine Verantwortung haben. Wir müssen deshalb auch ihre Rentenansprüche aus der Zeit vor der Aussiedlung gebührend berücksichtigen. Und der deutsche Generationser-

trag muss auch für die Russlanddeutschen gelten. Deren Kinder zahlen heute die vollen Beiträge – da sollten die Eltern auch voll davon profitieren. Die Vermeidung von Altersarmut bei Aussiedlern ist deshalb ein dickes Brett, das wir in der Politik noch zu bohren haben. Gemeinsam auch mit Stephan Stracke wollen wir erreichen, dass sich der Bundestag damit weiter beschäftigt und für gerechte Lösungen sorgt.“

Alfred Riemer, als Jugend- und Familienreferent der Stadtverwaltung für den Bereich der Integration verantwortlich, sieht hier sogar noch weiter gehenden Bedarf an Lösungen. „Die Anerkennung von Abschlüssen, Zulassungen und Qualifikationen ist ein Problem, das sich bereits jetzt immer öfter ergibt, etwa bei Zuwanderern aus Krisengebieten. Besonders dringlich wird es jedoch bei den in steigender Anzahl eintreffenden Arbeitsemigranten aus Osteuropa“, so seine Erfahrung.

„Die etwa 5000 Russlanddeutschen, die derzeit in Kaufbeuren leben“, so schätzte der Oberbürgermeister ein, „schrieben trotz aller Schwierigkeiten mit Fleiß, Initiative und Zusammenhalt eine Erfolgsgeschichte. Sie bauten Häuser, zogen Kinder groß – statistisch gesehen übrigens in Familien, die größer sind als die der eingewanderten Kaufbeurer. Und wir alle haben dabei viel über gelungene Integration gelernt.“

Dieser Lernprozess, so merkte dann der Bundesbeauftragte an, „ist nach einer Generation noch nicht abgeschlossen. Viele Aussiedler kamen mit idealisierten oder einfach veralteten Vorstellungen nach Deutschland. Das wirkt natürlich auch in die nächsten Generationen hinein, etwa bezüglich der Einstellung zu ihren Herkunftsländern, insbesondere zu Russland. Zwar trifft es nicht zu, dass sich

die Russlanddeutschen im Wahlverhalten grundlegend von anderen Teilen der Bevölkerung unterscheiden. Punktuell können aber Sympathien für autokratische Gesellschaftsstrukturen zu Problemen führen, wenn sie von charismatischen Personen aufgegriffen werden.“ Auch die angebliche Hinwendung der äußersten Linken oder Rechten zu Russland werde teilweise missverstanden als Sympathie für eine „alte Heimat“, die es so nicht gab und nicht gibt, aber über die inzwischen wiederum mystifizierte und häufig unzutreffende Vorstellungen bestünden.

Der Bundesbeauftragte ist mithin der Meinung, dass die politische Bildung der Spätaussiedler weiterhin gefördert werden sollte. Ein Problem bei der Umsetzung derartiger Vorhaben sieht er jedoch darin, dass es kaum Ansprechpartner wie Vereine oder Landsmannschaften gibt.

Bosse wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass im Referat von Riemer eine Stabstelle besteht, die hier Ansatzpunkte bietet. Und Riemer plädierte für eine umfassendere Betrachtung dieser Vorgänge. „Wir vereinen in der Stadt inzwischen 117 Nationen“, gab er zu bedenken, „und Deutschland braucht qualifizierte Zuwanderung, die heute bereits verstärkt aus Osteuropa erfolgt. Das bedeutet, dass wir künftig solche Projekte für die gesamte Stadtgesellschaft umsetzen sollten, statt uns auf bestimmte Gruppen zu beschränken. Die Hilfe, die uns die Politik, also Herr Prof. Fabritius und Herr Stracke in Aussicht stellen, wird das sehr willkommen sein.“

Als Zeichen für die hohe Wertschätzung seines Einsatzes bei der Lösung der besprochenen Aufgaben wurde der Bundesbeauftragte dann gebeten, sich ins Goldene Buch der Stadt Kaufbeuren einzutragen. 16